

Die Welt

7. March 63

Ermittlungen im Fall Saevecke

Bundesregierung sucht nach Material über den Kriminalrat

Von unserem Korrespondenten
in Bonn, 6. März

Die Bundesregierung läßt gegenwärtig von den deutschen Botschaften in Wien, Rom und Tunis ermitteln, ob in den betreffenden Ländern bisher unbekanntes Belastungsmaterial gegen den Regierungskriminalrat Saevecke vorhanden ist. Wie Bundesinnenminister Höcherl am Mittwoch in der Fragestunde des Bundestages auf Anfragen der Abgeordneten Säger (SPD) und Kohut (FDP) mitteilte, war der Bundesregierung bei der Einstellung des Kriminalrats bekannt, daß Saevecke nicht nur SS-Sturmführer, sondern vorher auch SA-Sturmführer war.

Die Bundesregierung bewertet diese Tatsache jedoch, wie Höcherl auch schon früher mitteilen ließ, als nicht belastend, zumal auch die Spruchkammer in Berlin Saevecke nach dem Krieg als nicht belastet eingestuft hatte.

Presseveröffentlichungen zum Fall Saevecke in ausländischen Zeitungen haben nach Angaben von Bundesinnenminister Höcherl die Bundesregierung veranlaßt, zusätzliche Ermittlungen über die Verwendung Saeveckes als Organisator von Einsatz-Gruppen während des Krieges anzustellen.

Wurde Sendung verhindert?

Springer-Auslandsdienst

Rom, 6. März

Die Bundesregierung soll nach Gerüchten in Rom die Sendung von Interviews zum Fall Saevecke im italienischen Fernsehen auf dem Weg über die deutsche Botschaft verhindert haben. Die Sendung war bereits für Ende Februar vorgesehen, dann aber zunächst aus „technischen Gründen“ verschoben worden. Inzwischen soll, wie es in der italienischen Hauptstadt heißt, die deut-

sche Botschaft über das Außenministerium in Rom erreicht haben, daß das Fernsehen endgültig auf die Sendung verzichtet hat.

Central Intelligence Agency
has no objection to Release
Date: 2001, 2005

BEST AVAILABLE COPY

FRANKFURTER ALLGEMEINE

7 MARCH 1963

Ermittlungen gegen Sävcke in Wien, Rom und Tunis

Höcherl, Bescheidene Laufbahn / Fragestunde des Bundestages / Hauptentschädigungen werden wieder ausgezahlt

Eigener Bericht der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

scho. BONN, 6. März. Bundesinnenminister Höcherl hat am Mittwoch in der Fragestunde des Bundestages auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Sängers bestätigt, daß der Kriminalrat Sävcke, bevor er innerhalb des Rangausgleichs als Kriminalbeamter SS-Sturmführer geworden sei, schon den Rang eines SA-Sturmführers bekleidet habe. Sävcke sei als Schüler mit sieben Jahren 1928 in die SA und ein Jahr später in die NSDAP eingetreten. Der Spruchausschuß von Berlin sei am 13. November 1950 zu dem Ergebnis gekommen, daß die SS-Zugehörigkeit „als unfreiwillige Dienstgradangleichung“ zu bewerten sei. Das damalige System sei bestrebt gewesen, die Angehörigen der Sicherheitspolizei und später auch der uniformierten Polizei als Teile einer einheitlichen polizeilichen Exekutive erscheinen zu lassen. Die rangangeglichenen Kriminalbeamten, so betonte Höcherl, „waren nicht Mitglieder der allgemeinen SS und der SD-Nachrichtenorganisation und wurden deshalb auch nicht im Nürnberger Prozeß als Angehörige einer verbrecherischen Organisation erklärt“. Der Spruchausschuß von Berlin habe Sävcke rehabilitiert, so daß für den Präsidenten des Bundeskriminalamtes kein Anlaß bestanden

habe, den früheren SA-Dienstgrad Sävckes der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Auf eine Zusatzfrage Sängers erklärte Höcherl, Sävcke habe für einen befähigten Beamten eher eine bescheidene als ungewöhnlich schnelle Laufbahn gemacht. Er sei 1934 als Kriminalanwärter eingetreten, 1937 zum Hilfskriminalkommissar und 1938 zum Kriminalkommissar befördert worden. 1943 sei er Kriminalrat geworden. Nach dem Krieg sei Sävcke wegen guter Leistungen im Jahre 1956 zum Regierungskriminalrat befördert worden. Auf eine Zusatzfrage des FDP-Abgeordneten Dr. Kohut meinte Höcherl, erste Vorwürfe, die 1955 gegen Sävcke erhoben worden seien, seien sofort überprüft worden, wie auch jetzt über drei Auslandsvertretungen (Wien, Rom, Tunis) Ermittlungen im Gange seien. Damit solle festgestellt werden, ob Sävcke etwas verschwiegen habe, was disziplinarische Folgerungen nach sich ziehen würde. Höcherl bestritt, daß Sävcke wegen seiner langen Zugehörigkeit zur NSDAP oder ihrer Gliederungen begünstigt befördert worden sei.

Staatssekretär Grund vom Bundesfinanzministerium teilte mit, daß die Ausgleichsämter in Kürze wieder mit der Auszahlung von Hauptentschädigungen beginnen würden. Maßnah-

men der Bundesregierung hätten eine zeitweilige Verknappung der Mittel behoben. Gleichzeitig machte Grund jedoch klar, zwar seien im Augenblick Barmittel vorhanden, jedoch werde grundsätzlich in diesem Jahr der Aufwand für die Hauptentschädigung unter den 1962 möglich gewesen Ausgaben liegen. Im vergangenen Jahr seien aus dem Ausgleichsfonds 1,6 Milliarden Mark an Hauptentschädigungen ausgezahlt worden, also beträchtlich mehr als in früheren Jahren. Vorzeitige Ablösungszahlungen und Vorriffe auf die 1963 zu erwartenden Zahlungen an den Ausgleichsfonds hätten dazu geführt, daß mehr Geld verfügbar gewesen sei.

Angesichts dieser Lage habe sich die Bundesregierung, so sagte der Staatssekretär in der Fragestunde, entschlossen, den Kreditrahmen für die Vorfinanzierung der Hauptentschädigung von den ursprünglich vorgesehenen 300 Millionen Mark auf 500 Millionen heraufzusetzen. Die endgültige Entscheidung darüber werde jedoch angesichts eines Briefes von Bundesbankpräsident Blessing ausgesetzt worden. Dieser habe vor einigen Tagen mit Rücksicht auf andere zusätzliche Ausgabenverpflichtungen der Bundesbank davor gewarnt, zu diesem Zeitpunkt schon feste Zusagen zu geben.

Declassified and Approved for Release
by the Central Intelligence Agency
Date: 2001

Höcherl zum Fall Sävecke

Neue Ermittlungen gegen den Kriminalrat / Aus der Fragestunde des Bundestags

Von unserer Bonner Redaktion

ko. Bonn, 6. März

Der Fall Sävecke beschäftigte am Mittwoch den Bundestag. In der Fragestunde gab Innenminister Höcherl bekannt, daß gegen den Regierungskriminalrat, der bis vor kurzem das Referat Hoch- und Landesverrat in der Sicherungsgruppe Bonn des Bundeskriminalamtes leitete und maßgeblich an den Exekutivmaßnahmen gegen den Spiegel beteiligt war, neue Ermittlungen in Wien, Mailand und Tunis angestellt würden. Sie sollen klären, ob Sävecke bei seiner Einstellung Tatsachen aus seiner Vergangenheit verschwiegen hat, die jetzt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens bedingen würden. Höcherl fügte hinzu, daß die neuen italienischen Anschuldigungen gegen Sävecke bei Untersuchungen im Jahre 1955/56 nicht erhoben worden seien.

Höcherl bestätigte vor dem Bundestag, daß der Bundesregierung bekanntgewesen sei, daß Sävecke mit 17 Jahren in die SA und ein Jahr später in die NSDAP eingetreten sei. Aus gesundheitlichen Gründen habe Sävecke seinen Plan, Seeoffizier zu werden, aufgeben müssen und sei 1934 zur Kriminalpolizei gegangen. Seine Karriere während der NS-Zeit sei keineswegs als ungewöhnlich, sondern eher als bescheiden zu bezeichnen. Auf keinen Fall sei Sävecke als ein Vertrauensmann der Nationalsozialisten anzusehen. Seinen Rang als SS-Sturmführer habe er auf dem Weg der „unfreiwilligen Rangangleichung“ erhalten.

Die Diskussion über den Fall dehnte sich unerwartet aus, als der FDP-Abgeordnete Kohut die Zusatzfrage stellte, ob in der Verwaltung nicht alte SA- und SS-Leute säßen, die jetzt ihre früheren Kameraden nachzögen. Höcherl antwortete darauf, er sei bereit, jedem Hinweis hierüber nachzugehen, doch sei eine generelle Überprüfung nicht möglich. Auf die Frage des FDP-Abgeordneten Ertl, ob der Innenminister nicht auch der Meinung sei, daß „mit der Entnazifizierung endlich Schluß sein sollte, wenn es sich nicht um kriminelle Delikte han-

delt“, antwortete der Minister: „Ich bin ganz Ihrer Meinung.“

Staatssekretär Carstens erklärte in der Fragestunde, daß mit der Begnadigung des in Belgien zum Tode verurteilten ehemaligen deutschen Wehrmachtangehörigen Schmetz mit Sicherheit zu rechnen sei. Eine entsprechende Auskunft habe das Auswärtige Amt von der Verteidigung Schmetz erhalten.

SVEDENTSCHE ZEITUNG
7 MARCH 1963